

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sport und Ehrenamt (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/3029 –**

Olympische und Paralympische Sommerspiele – Volle Unterstützung einer deutschen Bewerbung

A. Problem

Der vorliegende gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründet die darin geforderte volle Unterstützung einer deutschen Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele. Der Antrag betont, dass diese Spitzensportereignisse nach über 50 Jahren wieder in Deutschland ausgetragen werden sollten, zumal das Land mehrfach gezeigt habe, dass es solche Sportgroßveranstaltungen sehr gut organisieren könne. Genannt werden dafür beispielhaft aus der jüngsten Vergangenheit die Fußball-Europameisterschaft der Herren 2024, die Special Olympics World Games 2023, die European Championships 2022 und die FISU World University Games 2025. Ein zentraler Punkt sei die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz in der Bevölkerung, um frühere gescheiterte Bewerbungen zu vermeiden. Der Bundestag solle dafür dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) die volle politische und finanzielle Unterstützung zusagen, die Bundesregierung wird aufgefordert, die Bewerbung im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Sicherheit zu unterstützen, wobei die Paralympischen Spiele denselben Stellenwert erhalten sollen. Der Antrag unterstreicht zudem die internationale Verantwortung demokratischer Staaten, sich als Gastgeber globaler Sportevents zu positionieren, und hebt die zahlreichen positiven Impulse hervor, die die Spiele für die Infrastruktur, die Wirtschaft, den Breitensport und die Sportförderung liefern können.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Gefordert wird eine dem Stellenwert der Olympischen und Paralympischen Spiele angemessene Unterstützung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/3029 anzunehmen.

Berlin, den 28. Januar 2026

Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Aydan Özoğuz
Vorsitzende

Artur Auernhammer
Berichtersteller

Lars Schieske
Berichtersteller

Bettina Lugk
Berichterstellerin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstellerin

Christian Görke
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Artur Auernhammer, Lars Schieske, Bettina Lugk, Dr. Ophelia Nick und Christian Görke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 21/3029** in seiner 47. Sitzung am 4. Dezember 2025 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Sport und Ehrenamt und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Einzelnen fordern die antragstellenden Fraktionen in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, die Bewerbung angemessen finanziell zu unterstützen, sich auf internationaler Ebene diplomatisch dafür einzusetzen, die Akzeptanz der Bevölkerung zu sichern, demokratische Teilhabe zu gewährleisten und die infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere über umwelt- und klimafreundliche, barrierefreie Verkehrsträger, zu schaffen. Einzubeziehen seien dazu Daten aus dem Programm „Reisen für Alle“. Im Zusammenhang mit der Bewerbung gehe es um die Vernetzung aller Transportangebote auch auf digitaler Ebene, dies beinhalte Mobilfunkabdeckung und Glasfaserausbau. Darüber hinaus seien überwiegend bestehende Sportstätten zu nutzen, ein umfassendes Sicherheitskonzept zu entwickeln und die hinter der Bewerbung stehenden Werte wie Nachhaltigkeit, Inklusion, Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu betonen. Insbesondere soll die Bundesregierung national und international verdeutlichen, dass die Olympischen und Paralympischen Spiele denselben Stellenwert besitzen und als Chance gesehen werden, Inklusion in allen Bereichen voranzutreiben. Die Fraktionen sprechen sich dabei klar für eine höhere Sichtbarmachung von Sportlerinnen und Sportlern mit Behinderung aus. Ziel der Bewerbung sei es auch, ein weltoffenes, gastfreundliches Deutschlandbild zu vermitteln, gleichzeitig Deutschland sportlich, wirtschaftlich, kulturell und touristisch weiterzuentwickeln, etwa durch Koordination mit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT).

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/3029 in seiner 29. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 21/3029 in seiner 23. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, den Antrag anzunehmen.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/3029 in seiner 19. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 21/3029 in seiner 23. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 21/3029 in seiner 17. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 21/3029 in seiner 15. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, den Antrag anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Sport und Ehrenamt** hat den Antrag auf Drucksache 21/3029 in seiner 16. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, den Antrag anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, der Bundestag bekenne sich mit diesem Antrag zur Unterstützung einer deutschen Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele und der Paralympics im Jahr 2036, 2040 oder 2044. Damit setze er national wie auch vor allem international das klare Zeichen, dass die Sportnation Deutschland mit seinen nationalen Bewerbern willens und in der Lage sei, ein sehr gut geeigneter Gastgeber für Olympia und die Paralympics zu sein. Mit dem Antrag werde auch verdeutlicht, dass für eine erfolgreiche Bewerbung um die Durchführung der Spiele die erforderlichen Voraussetzungen – wie das Vorhandensein einer intakten Infrastruktur und einer vollständigen Barrierefreiheit – zu erfüllen seien. Vor allem werde anerkannt, dass eine Bewerbung ohne oder gar gegen die Bevölkerung in den potenziellen Ausrichter-Orten keinen Erfolg haben könne. Dass die Bevölkerung aber mit guten Argumenten von der Ausrichtung überzeugt werden könne, habe das eindrucksvolle Resultat des Bürgerentscheids von München gezeigt. Um einer deutschen Bewerbung den gebotenen politischen Schub zu geben, sei diesem Antrag zuzustimmen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, als die AfD-Fraktion 2017 in den Deutschen Bundestag eingezogen sei, sei es eine ihrer ersten Forderungen gewesen, sich für die Olympischen und Paralympischen Sommer- wie Winterspiele zu bewerben. Das sei aber konsequent abgelehnt worden. Der Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeige, dass sie nun endlich den Forderungen der AfD folgten. Allerdings habe sich Deutschland in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Infrastruktur sei verfallen und marode, Sportstätten seien sanierungsbedürftig. Diese wieder auf Sommer-Olympia-Standard zu bringen, erfordere hohe Kosten, während die Sportstätten für die Winterspiele bereits vorhanden seien und Neubauten nicht notwendig wären. Daher halte die Fraktion der AfD die Olympischen Winterspiele für die nachhaltigere und wirtschaftlich vorteilhaftere Option für Deutschland. Zudem zeichne sich auf internationaler Ebene für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036 und 2040 eine deutliche Tendenz ab, dass diese Spiele nach Asien und Afrika vergeben würden. Grundsätzlich begrüße die AfD-Fraktion aber die aktuelle Initiative und sie stimme dem Antrag – wenn auch mit Vorbehalten – zu und werde die Bewerbung unterstützen.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich, sie unterstütze die Bewerbungsbemühungen ausdrücklich. Eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische Sommerspiele sei ein sportpolitisches Projekt mit großer gesellschaftlicher Bedeutung. Die Spiele stünden für Vielfalt und Begegnung. Das Beispiel Paris 2024 habe gezeigt, wie Spiele mitten in Europa neue Maßstäbe setzen und Begeisterung auslösen könnten. Die SPD betonte, dass eine erfolgreiche Bewerbung nur gelingen könne, wenn von Beginn an transparent informiert werde und die Bevölkerung breit eingebunden sei. Aus den gescheiterten Bewerbungen früherer Jahre müsse man lernen: Ehrlichkeit, Dialogbereitschaft und frühzeitige Beteiligung seien entscheidend. Zugleich hob die SPD hervor, dass alle vier Regionen mit ihren Konzepten deutlich gemacht hätten, wie viel Kraft und Potenzial in Deutschland stecke. Wichtig sei nun ein fairer und klarer Prozess, der die internationale Konkurrenzfähigkeit sichere. Die Entscheidung, mit welchem Kandidaten Deutschland ins Rennen gehe, müsse zeitnah erfolgen. Bezüglich der Paralympischen Spiele betonte die SPD, dass sie integraler Bestandteil der Bewerbung seien und für Inklusion, Sichtbarkeit und gesellschaftlichen Fortschritt stünden. Eine Bewerbung biete die Chance, Barrieren abzubauen und eine ganze Generation für Bewegung und Sport zu begeistern. Abschließend bekräftigte die SPD ihre klare politische Unterstützung und sprach sich für die Annahme des Antrags aus.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass Olympische Spiele und Paralympics die größten und wichtigsten internationalen Sportveranstaltungen seien. Daher habe man den vorliegenden Antrag zusammen mit den Fraktionen der Mitte im Deutschen Bundestag eingebracht. Man setze bewusst ein Zeichen aus dem Parlament zur Unterstützung der Bewerbung. Über 50 Jahre nach den letzten Olympischen Spielen in München 1972 werde es Zeit für einen neuen und überzeugenden Anlauf. Es wurde fraktionsseitig hervorgehoben, dass Spitzensport eine Vorbildwirkung für die Sportaktivitäten von Millionen Menschen in Deutschland entwickeln könne. Dies müsse genutzt werden. Man setze für Bewerbung und spätere Ausrichtung der Spiele aber auch auf Ziele, die der Gesellschaft in der Breite zugutekommen sollen. So seien die Nachhaltigkeit und die Stärkung umwelt- und klimafreundlicher Verkehrsträger, die verbindliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Barrierefreiheit, Inklusion und die Gleichbehandlung Olympischer und Paralympischer Spiele verankert worden. Ebenso priorisiert seien im gemeinsamen Antrag auch die Leitlinien der Wahrung der Menschenrechte, Diskriminierungsfreiheit sowie die Stärkung von gesellschaftlicher Vielfalt und Akzeptanz. Angesichts der von den Nationalsozialisten missbrauchten Olympischen Spiele von 1936 in Garmisch-Partenkirchen und Berlin betone man heute besonders die bewusste Übernahme der historischen Verantwortung Deutschlands, die Spiele für Offenheit, Demokratie und internationale Solidarität auszurichten.

Die **Fraktion Die Linke** erklärte, sie könne dem Antrag nicht zustimmen. Die Fraktion Die Linke lehne Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland grundsätzlich nicht ab. Der Antrag versäume allerdings eine klare Analyse zur aktuellen Sportpolitik und biete in diesem Zusammenhang kein Konzept für eine kurz-, mittel-, und langfristige Verbesserung des gesamtdeutschen Sports. Der Antrag verspreche, dass Olympia „dauerhafte Infrastrukturverbesserungen“ bewirken werde. Dies sei irreführend. Die Infrastruktur-Defizite im deutschen Sport seien nicht das Ergebnis fehlender Olympischer-Spiele, sondern das Ergebnis von jahrelangen Versäumnissen besonders auf der Bundesebene. Die Fraktion könne ein Olympia-Bekenntnis in dieser Form nicht unterstützen, solange dieses ausschließlich als verbaler Ersatz für grundsätzlich notwendige Maßnahmen zur Sportförderung in Deutschland diene. Der Antrag blende die vollumfänglichen Bedarfe auf Ebene der Sportstätteninfrastruktur sowie des Schul-, Breiten- und Spitzensports aus. Der Antrag biete nur Hoffnung – aber keine Substanz.

Berlin, den 28. Januar 2026

Artur Auernhammer
Berichtersteller

Lars Schieske
Berichtersteller

Bettina Lugk
Berichterstellerin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstellerin

Christian Görke
Berichtersteller

